LZ-Rheinland

Artikel vom 24.09.2021 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 02:45 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/nabu-fuer-bundesweite-transparenz

NABU für bundesweite Transparenz



Foto: landpixel

Geht es nach dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), sollen Behörden künftig in allen Bundesländern offenlegen müssen, welche Pflanzenschutzmittel von Landwirten wo und in welcher Menge ausgebracht worden sind. Bisher werden nur für den Bund insgesamt die Mengen nach Wirkstoffgruppen ausgewiesen. „Pestizide belasten die Natur und sind einer der Haupttreiber für den Insektenschwund“, begründete NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger am Mittwoch vergangener Woche bei einem virtuellen Pressegespräch die Forderung. Zulassung und Monitoring von Pflanzenschutzmitteln müssten daher völlig neu geregelt werden. Krüger will die Forderung ausdrücklich nicht als „Kampf gegen die Landwirtschaft“ verstanden wissen. Er sieht sich vielmehr auf einer Linie mit den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL). Gemäß deren Empfehlungen sollten Konzepte zur Reduzierung der Umweltwirkungen von Pflanzenschutzmitteln gemeinsam mit den Landwirten entwickelt und umgesetzt werden.

Ermuntert fühlt sich der NABU zu seinem Vorstoß von einem Urteilsspruch aus Baden-Württemberg, wonach in dem von Grünen und CDU regierten Bundesland offengelegt werden soll, welche Wirkstoffe mit welcher Aufwandmenge ausgebracht worden sind. Rückenwind erhielt der NABU von den Grünen im Bundestag. Laut deren Obmann im Ernährungsausschuss, Harald Ebner, braucht es eine datenschutzkonforme

Offenlegungspflicht von regionalen Pestizideinsatzdaten in ganz Deutschland. Nur wenn der Pflanzenschutzmitteleinsatz keine Blackbox mehr sei, „können wir Insekten wirksam schützen und eine bundesweite Klagewelle vermeiden“, so Ebner. Die neue Bundesregierung müsse umgehend einen Gesetzesentwurf erarbeiten, um diesen Rechtsmangel zu beheben. Der Deutsche Bauernverband (DBV) hält die Forderung des NABU dagegen für völlig überzogen und warnte vor einem „Bürokratie-Monster“.